

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2017

**DER DELEGATION FÜR DIE
EWR/EFTA-PARLAMANTARIERKOMITEES**

**Parlamentarierkomitee
der EFTA-Länder (CMP)**

**Parlamentarierkomitee
der EWR/EFTA-Staaten (MPS)**

**EWR- und EU-
Parlamentarierkomitee (JPC)**

INHALTSVERZEICHNIS

1.	EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees	3
2.	Die liechtensteinische Delegation	4
3.	Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees in Ottawa und Mexiko-Stadt vom 8. bis 12. Mai 2017	4
4.	48. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees vom 22. bis 24. Mai 2017 in Reykjavik	7
5.	114. CMP- und 81. MPS-Meeting, 56. EFTA-Ministertreffen und 18. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee vom 25. bis 27. Juni 2017 in Longyearbyen	8
6.	Treffen des Parlamentarier- und Konsultativkomitees mit den EWR/EFTA-Ministern am 14. November 2017 in Brüssel	10
7.	MPS-Büro Meeting am 14. November 2017 in Brüssel	11
8.	49. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees am 15. und 16. November 2017 in Strassburg	11
9.	115. CMP- und 82. MPS-Meeting sowie 57. EFTA-Ministertreffen am 23. und 24. November 2017 in Genf	13
10.	Zusammenarbeit	14
11.	Reisekosten und Taggelder der Delegation	15
12.	Schlusswort und Antrag	15

1. EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees

Mit dem Jahresbericht 2017 der EWR/EFTA-Parlamentarierdelegation wird der Hohe Landtag über die Sitzungen der Parlamentarierkomitees sowie über die Entwicklungen in diesen Gremien und in der Vertragsgemeinschaft informiert.

Das Fürstentum Liechtenstein ist in den folgenden drei Parlamentarierkomitees mit jeweils zwei stimmberechtigten Abgeordneten vertreten:

- Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder
Committee of Members of Parliament of the EFTA Countries (CMP)
- Parlamentarierkomitee der EWR/EFTA-Staaten
Committee of Members of Parliament of the EFTA States (MPS)
- Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee
Joint Parliamentary Committee (JPC)

Im Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder (CMP) sind Parlamentarier aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz vertreten. Das Komitee befasst sich mit Fragen, welche die EFTA als Ganzes sowie Drittlandbeziehungen der EFTA betreffen. Dazu nehmen die Delegierten auch an Treffen mit Parlamentariern anderer Staaten teil, insbesondere mit Delegierten von EFTA-Vertragsstaaten sowie mit Vertretern aus Ländern, mit denen sich die EFTA in Vertragsverhandlungen oder die EU in Beitrittsverhandlungen befindet. Das Parlamentarierkomitee der EFTA kommt in der Regel mehrmals jährlich zusammen. Dabei trifft es zweimal jährlich auch den EFTA-Ministerrat und einmal pro Jahr das Konsultativkomitee der EFTA. Letzteres setzt sich aus Vertretern der Sozialpartner sämtlicher Mitgliedsländer zusammen.

Mit dem Inkrafttreten des EWR wurde 1994 zusätzlich das Komitee der Parlamentarier aus den EWR/EFTA-Staaten (MPS) gebildet. Dieses befasst sich im Speziellen mit Fragen des EWR und gibt Stellungnahmen zu Angelegenheiten des EWR ab. Jährliche Treffen finden hierzu seit 2009 mit dem Ständigen Ausschuss der EWR/EFTA-Minister statt. Norwegen ist im MPS mit sechs, Island mit vier und Liechtenstein mit zwei Parlamentariern vertreten. Die Schweizer Delegation hat in den Meetings des MPS Beobachterstatus. Zusätzlich finden seit 2011 Treffen mit dem am 22. Juni 2010 gegründeten informellen EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden statt (Liechtenstein hat vorerst beschlossen, sich nicht an diesem Forum zu beteiligen).

Das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee (JPC) besteht sowohl aus Mitgliedern der nationalen Parlamente der EWR/EFTA-Staaten wie auch aus einer Delegation des Europäischen Parlaments. Die Schweiz besitzt in diesem Gremium Beobachterstatus. Das JPC ist nicht direkt in das EU-Beschlussfassungsverfahren involviert, kann aber in der Vorphase indirekt, zum Beispiel über die Verabschiedung von Resolutionen, am EU-Rechtsetzungsprozess mitwirken (Decision Shaping). Durch den Dialog und die Beratung trägt das Komitee zu einem besseren Verständnis zwischen der Europäischen Union und den EFTA-Staaten bei. Dazu nehmen auch Vertreter des EWR-Rats, des Gemeinsamen EWR-Ausschusses und der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) zwecks Informations- und Meinungs-

austausch an den Sitzungen teil. Das Komitee tritt üblicherweise zweimal im Jahr zusammen.

2. Die liechtensteinische Delegation

Die liechtensteinische Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees setzt sich seit der Eröffnungssitzung des Landtags vom 30. März 2017 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Elfried Hasler, Delegationsleiter
- Abg. Harry Quaderer, ordentliches Mitglied
- Abg. Manfred Kaufmann, stellvertretendes Mitglied
- Stv. Abg. Michael Ospelt, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

3. Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees in Ottawa und Mexiko-Stadt vom 8. bis 12. Mai 2017

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war bei diesem Arbeitsbesuch durch die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den liechtensteinischen Delegierten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Norwegen, Island und der Schweiz teil. Ebenfalls waren zwei Mitglieder des EFTA-Konsultativkomitees (Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretung) als Beobachter anwesend.

Treffen in Ottawa vom 8. bis 9. Mai

Während des zweitägigen Arbeitsbesuches in Ottawa wurden die Mitglieder des EFTA-Parlamentarierkomitees von Bruce Stanton, stellvertretender Vorsitzender des House of Commons, des kanadischen Unterhauses, empfangen. Ebenfalls führte das Komitee Gespräche mit Pamela Goldsmith-Jones, parlamentarische Staatssekretärin des Ministers für Internationalen Handel, sowie mit dem Vorsitzenden und den Mitgliedern der ständigen Ausschüsse für Internationalen Handel, Industrie, Wissenschaft und Technologie sowie für Verkehr, Infrastruktur und Gemeinden des Unterhauses. Weitere Gespräche fanden mit der Vorsitzenden und den Mitgliedern des ständigen Ausschusses des Senats für Auswärtige Angelegenheiten und Internationalen Handel statt.

Ziel der Gespräche war es, das Interesse der EFTA an einer Weiterentwicklung und Modernisierung des bestehenden Freihandelsabkommens zu unterstreichen und zu erfahren, inwiefern bei den verschiedenen Gremien auf kanadischer Seite der politi-

sche Wille hierzu vorhanden ist. Das bestehende Freihandelsabkommen trat am 1. Juli 2009 in Kraft und es handelt sich um ein sogenanntes «Erst-Generations-Abkommen», das heisst, es deckt im Wesentlichen den Warenverkehr und die Abschaffung der Zölle für Industrieprodukte ab. Mit der Weiterentwicklung und Modernisierung des bestehenden Abkommens soll eine Diskriminierung der Exporte aus den EFTA-Staaten vermieden werden. Im Fokus der Delegation standen dabei insbesondere Bereiche, die vom bestehenden Freihandelsabkommen nicht oder nur ungenügend erfasst werden, wie der Handel mit Dienstleistungen, die Investitionen, die öffentlichen Beschaffungen, die Regulierungszusammenarbeit und der Handel mit Agrarprodukten.

Kanada und die Europäische Union haben am 30. Oktober 2016 ein umfassendes Freihandelsabkommen (CETA) unterzeichnet, das nicht nur den Marktzugang für den Warenhandel abdeckt und dabei praktisch alle Zölle auf Industrie- und Agrarprodukte beseitigt, sondern unter anderem auch den Handel mit Dienstleistungen, die Investitionen, die öffentlichen Beschaffungen, die Stärkung der Regulierungszusammenarbeit und die Rechte an geistigem Eigentum umfasst. Sowohl Kanada wie auch die EU haben in diesem Abkommen sehr weitgehende Konzessionen gemacht. Im Zuge dieser Verhandlungen begannen die EFTA-Staaten im April 2016 mit Kanada einen informellen Dialog. Gegenstand der Gespräche war zum einen das CETA-Abkommen, zum anderen die mögliche Modernisierung und Erweiterung des bestehenden Freihandelsabkommens. Bei den Gesprächen zeigte sich, dass CETA nur beschränkt als Modell für eine Erweiterung des bestehenden Abkommens dienen kann.

Fazit des Arbeitsbesuchs

Sowohl die Vertreter der Regierung als auch die Vertreter des Parlaments stehen der Modernisierung des Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und Kanada, um darin die heutige Wirtschaftstätigkeit besser zu reflektieren, im Allgemeinen positiv gegenüber. Die kanadische Regierung erwartet aber eine Klärung auf der Seite der EFTA hinsichtlich der Themen Handel mit Dienstleistungen, Investitionen und Landwirtschaft. Die kanadische Seite war sich der Sensibilität dieser Thematiken bewusst, wollte aber im laufenden Dialog nichts ausgrenzen.

Für Kanada ist das umfassende Freihandelsabkommen, welches mit der Europäischen Union (CETA) abgeschlossen wurde, grundsätzlich das Model für künftige Freihandelsabkommen. Mit seiner aktuellen Handelsagenda verfolgt Kanada das Ziel, ehrgeizige und breite Freihandelsabkommen abzuschliessen und dabei seinen heute noch stark auf die USA ausgerichteten Aussenhandel insbesondere mit Europa, Asien und der Pazifikregion zu diversifizieren.

Treffen in Mexiko-Stadt vom 10. bis 12. Mai

Das bestehende Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Mexiko ist seit dem 1. Juli 2001 in Kraft. Es handelt sich um ein «Zweit-Generations-Abkommen». Neben dem Warenverkehr liberalisiert es insbesondere den Handel mit Dienstleistungen, Investitionen und das öffentliche Beschaffungswesen. Weiter

enthält das Abkommen auch Bestimmungen über den Schutz und die Förderung von Direktinvestitionen, den Schutz des geistigen Eigentums, den diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Beschaffungen und den Wettbewerb. In den Verhandlungen zur Modernisierung des bestehenden Freihandelsabkommens geht es unter anderem um den Handel mit Waren und Dienstleistungen, Ursprungsregeln, die Zusammenarbeit im Zollwesen, Handelserleichterungen, das öffentliche Beschaffungswesen oder die nachhaltige Entwicklung.

Ziel des Arbeitsbesuchs war es, die derzeit laufenden Verhandlungen mit Mexiko über eine Erweiterung und Modernisierung des Abkommens, welche im Januar 2016 offiziell lanciert wurden, auf parlamentarischer Ebene zu unterstützen.

Dazu traf sich die Delegation des EFTA-Parlamentarierausschusses mit Wirtschaftsminister Ildefonso Guajardo Villarreal, mit Francisco del Río, Generaldirektor für Europa, und mit Mauricio Ibarra, Generaldirektor für Nordamerika aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Im Senat traf die Delegation Héctor Larios Córdova, den Vorsitzenden des Handels- und Industrieausschusses, und weitere Mitglieder des Ausschusses. Ferner fanden Treffen mit dem früheren stellvertretenden Aussenwirtschaftsminister Francisco de Rosenzweig, mit Mitgliedern der mexikanischen Handelskammer «Mexican Entrepreneurial Council for Trade, Investment and Technology» (COMCE) sowie mit Vertreterinnen und Vertretern internationaler Organisationen, wie der UNHCHR, der OECD und der Weltbank, statt.

Fazit des Arbeitsbesuchs

Sowohl die Vertreter der mexikanischen Verwaltung als auch die Mitglieder des Senats waren mit dem EFTA-Dossier sehr gut vertraut und bekundeten ihre Unterstützung für eine Modernisierung des EFTA-Mexiko-Freihandelsabkommens. Sie betonten die Bedeutung einer Modernisierung des Abkommens in neuen Bereichen, welche die Veränderungen im weltweiten Handel und die Reformen, welche in Mexiko stattgefunden haben, insbesondere im Telekommunikations- und Energiebereich, widerspiegeln. Sowohl die Minister als auch der Senat unterstrichen ihre Ambitionen, die Verhandlungen mit der EFTA zusammen mit den laufenden Verhandlungen, welche mit der Europäischen Union (Abschlussziel 2017) stattfinden, abzuschließen.

Der Wirtschaftsminister erklärte, dass Mexiko insbesondere mit den EFTA-Offerten im Bereich Landwirtschaft nicht zufrieden sei. Er glaube, dass gerade bei diesem Punkt noch viele Verbesserungen möglich seien. Mexiko fokussiere sich auf ein Win-win-Abkommen, bei welchem auch Mexikos Landwirtschaft Wachstum erfahre.

Sämtliche Treffen zeigten auf, dass Mexiko versucht, seine Handelsbeziehungen zu diversifizieren und die Abhängigkeit von den USA zu verringern. Die Modernisierung des EFTA-Mexiko-Freihandelsabkommens passt gut in Mexikos Strategie und wurde nicht nur als bedeutend für die Bevölkerung und die Unternehmen, sondern auch als Signal gemeinsamer Überzeugungen hinsichtlich Welthandel.

[Inzwischen fand die vierte Verhandlungsrunde über eine Erweiterung und Modernisierung des Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und Mexiko vom 6. bis 9. Juni 2017 in Mexiko-Stadt statt. Knackpunkt der Verhandlungen bleibt das Thema Landwirtschaft.]

4. 48. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees vom 22. bis 24. Mai 2017 in Reykjavik

Delegation und Teilnehmer

Am 48. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees waren die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer vertreten. Neben der liechtensteinischen Delegation nahmen Abgeordnete aus Island und Norwegen teil. Aus der Schweiz waren Parlamentarier als Beobachter anwesend. Seitens des EU-Parlaments konnten mehrere Abgeordnete aus Dänemark und aus dem Vereinigten Königreich begrüsst werden.

Entwicklungen des EWR-Abkommens

Nach der Eröffnung der 48. Gemeinsamen Sitzung des EWR- und EU-Parlamentarierkomitees durch den Vorsitzenden wurden die Parlamentarier über die allgemeinen Entwicklungen des EWR-Abkommens und das Funktionieren des EWR-Abkommens informiert. Dazu sprachen Claude Maerten, der Vorsitzende des Gemeinsamen EWR-Ausschusses, Rylan Patissier im Namen des Präsidenten des EWR-Rats, Botschafterin Oda Helen Sletnes, EFTA-Vorsitzende des Gemeinsamen EWR-Ausschusses, und Sven Erik Svedman, Präsident der EFTA-Überwachungsbehörde.

Bericht «The Annual Report of the EEA Joint Committee on the Functioning of the EEA Agreement in 2016»

Der Bericht wurde von den Berichterstattern Elfried Hasler und Jorn Dohrmann vorgelegt. In der verabschiedeten Resolution bedauert das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee, dass die Anzahl EWR-relevanter Rechtsakte, die noch nicht in das EWR-Abkommen inkorporiert worden sind (sogenannter «Backlog»), im Jahr 2016 im Vergleich zum Jahr 2015 zugenommen habe. Weiter bekräftigt die Resolution das gemeinsame Interesse sowohl der EU also auch der EWR/EFTA-Staaten an einer rechtzeitigen Übernahme der Rechtsakte und fordert daher den Gemeinsamen EWR-Ausschuss auf, pragmatische Lösungen für diejenigen Rechtsakte zu finden, welche seit Längerem auf eine Übernahme warten.

Weiter begrüsst das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee die Übernahme von Rechtsakten betreffend die Beteiligung der EWR/EFTA-Staaten an den EU-Finanzaufsichtsbehörden, unterstreicht jedoch, dass eine rasche Übernahme der noch immer ausstehenden Rechtsakte im Finanzdienstleistungsbereich überaus wichtig sei, um die Homogenität im Binnenmarkt weiterhin zu gewährleisten.

Darüber hinaus bekräftigt die Resolution, dass die EWR/EFTA-Staaten durch das EWR-Abkommen voll am Binnenmarkt teilnehmen können und ein Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union einen direkten Einfluss auf das EWR-Abkommen und die EWR/EFTA-Staaten haben wird. Die Resolution fordert weiterhin einen engen Dialog zwischen den EWR/EFTA-Staaten und der EU im Hinblick auf die bevorstehenden Austrittsverhandlungen.

Die Resolution wurde einhellig verabschiedet [abrufbar unter <http://www.efta.int>].

Weitere diskutierte Themen: Energie, Koordinierung von Sozialversicherungen

Zum Thema Energie sprach Megan Richards, Direktorin für Energiepolitik von der Europäischen Kommission. Sie informierte das Parlamentarierkomitee über die jüngsten Vorschläge der Energieunion im Hinblick auf saubere Energie für alle Europäer. Ragna Árnadóttir, stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Landsvirkjun, dem nationalen Energieunternehmen Islands, stellte während ihrer Präsentation die Energielandschaft Islands vor.

Die Parlamentarier diskutierten ferner über die Vorschläge zur Koordinierung von Sozialversicherungen. Dazu sprach Christel Schaldemose, Mitglied des EU-Parlaments, und informierte über die jüngste Entwicklung und Diskussion diesbezüglich im Europäischen Parlament.

5. 114. CMP- und 81. MPS-Meeting, 56. EFTA-Ministertreffen und 18. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee vom 25. bis 27. Juni 2017 in Longyearbyen

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesen Treffen durch die Abgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben Liechtenstein nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenso waren die vier EFTA-Minister und die Vertreter der Sozialpartner der EFTA-Staaten anwesend.

114. CMP- und 81. MPS-Meeting

Nach der Eröffnung der Sitzung folgte die Round-Table-Diskussion über die politischen Entwicklungen in den EFTA-Staaten. Dabei berichteten die Delegationsleiter über aktuelle Themen in ihren nationalen Parlamenten. Anschliessend wurde das Parlamentarierkomitee vom EFTA-Sekretariat über den Handel zwischen den EFTA-Staaten und dem Vereinigten Königreich informiert.

56. EFTA-Ministertreffen

Unter dem Vorsitz von Monica Mæland, der norwegischen Ministerin für Handel, Industrie und Fischerei, fand das jährliche Treffen zwischen den EFTA-Ministern und dem Parlamentarierkomitee statt. Ebenfalls anwesend waren der isländische Aussenminister Guðlaugur Þór Þórðarson, der Schweizer Bundesrat Johann Schneider-Ammann sowie die liechtensteinische Aussenministerin Aurelia Frick.

Die Vorsitzende informierte über die neusten Entwicklungen bezüglich Freihandelsabkommen. Momentan unterhält die EFTA 27 Freihandelsabkommen mit 38 Partnern. Das Netzwerk wird mit fünf gemeinsamen Erklärungen über die Zusammenarbeit ergänzt. Verhandlungen über Freihandelsabkommen finden derzeit mit Indien, Ecuador, Indonesien, Malaysia, den Mercosur-Staaten und Vietnam statt. Weiterhin grosse Bedeutung hat die Pflege und Erweiterung bestehender Abkommen. Gespräche werden hierzu mit der Türkei und Mexiko geführt. Mit Kanada wird ein exploratorischer Dialog über die Erweiterung des bestehenden Freihandelsabkommens geführt. Die Minister zeigten sich positiv, was die Aufnahme von Verhandlungen mit Chile und der Südafrikanischen Zollunion (SACU, bestehend aus Bostswana, Lesotho, Namibia, Südafrika und Swasiland) betrifft.

Ebenfalls informierten die Minister über die Beziehungen der EFTA-Staaten zur Europäischen Union und über das Funktionieren des EWR-Abkommens. Sie begrüßten die Übernahme von zahlreichen Rechtsakten wie die europäischen Roaming-Regelungen und das Dritte Energiepaket, sowie die Beteiligung an der Europäischen Finanzmarktaufsicht. Ebenfalls wurde der erfolgreiche Abschluss des neuen EWR-Finanzierungsmechanismus für die Periode 2014 bis 2021 gewürdigt.

Ein weiteres Thema war der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und die damit zusammenhängenden Auswirkungen auf das EWR-Abkommen. Die Minister begrüßten den Dialog mit dem EU-Verhandlungsteam und unterstrichen, dass Stabilität und Vorhersehbarkeit massgebend für die Übergangsphase zwischen dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und der Etablierung eines neuen Rechtsrahmens sein muss. Die Minister erklärten, dass ein andauernder Dialog und Austausch zwischen den EFTA-Staaten, aber auch mit der EU während des Verhandlungsprozesses unabdingbar sei.

18. Joint-Meeting mit dem EFTA-Konsultativkomitee

Eine weitere Sitzung fand mit den Sozialpartnern der EFTA-Staaten statt. Dabei informierten die EFTA-Botschafter Norwegens, Islands, der Schweiz und Liechtensteins über den geplanten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und die jeweils nationalen Einschätzungen und Prozesse. Dabei unterstrichen sie die Bedeutung der engen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die seit Jahrzehnten zwischen den EFTA-Staaten und dem Vereinigten Königreich bestehen.

6. Treffen des Parlamentarier- und Konsultativkomitees mit den EWR/EFTA-Ministern am 14. November 2017 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesem Treffen durch die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den Vertretern aus Liechtenstein nahmen Delegationen aus den weiteren EWR/EFTA-Staaten Island und Norwegen teil. Seitens Minister waren Marit Berger Rosland, norwegische Ministerin für Angelegenheiten des EWR und der EU, der isländische Aussenminister Guðlaugur Þór Þordarson sowie die liechtensteinische Aussenministerin Aurelia Frick vertreten. Ebenfalls anwesend waren Mitglieder des Konsultativkomitees der EFTA-Staaten.

Sitzung mit EWR/EFTA-Ministern

Die gemeinsame Sitzung der EWR/EFTA-Minister, dem EFTA-Parlamentarierkomitee sowie dem EFTA-Konsultativkomitee fand im EFTA-Sekretariat statt. Dieses jährliche Treffen findet jeweils in Verbindung mit dem EWR-Rat statt und bietet den beiden beratenden Gremien die Möglichkeit, aktuelle Fragen zum EWR-Abkommen sowie aktuelle Herausforderungen im Binnenmarkt mit den Ministern zu erörtern.

Die Vorsitzende des EWR-Rats, Aurelia Frick, informierte über die Ergebnisse des EWR-Rats und den politischen Dialog, in dem die Auswirkungen des Brexit auf das EWR-Abkommen diskutiert wurden. In den Gesprächen mit dem EU-Chefunterhändler Michel Barnier sei betont worden, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union direkte Auswirkungen auf alle Beteiligten im Binnenmarkt, einschliesslich der EWR/EFTA-Staaten, haben werde. Die Vorsitzende führte aus, dass Island, Norwegen und Liechtenstein zum britischen EU-Austritt ein erstes gemeinsames Positionspapier ausgearbeitet haben, welches Michel Barnier überreichte wurde. Man sei seit längerem im engen Austausch mit der EU und mit dem Vereinigten Königreich. Ziel sei es, wenn das Vereinigte Königreich Ende März 2019 die EU und somit auch den EWR verlasse, einen möglichst reibungslosen Übergang zu schaffen. Die liechtensteinische Mission in Brüssel leite zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe, die rechtliche Optionen für die Anbindung der drei EWR/EFTA-Staaten an die zukünftige Austritts- und Übergangsregelung zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich prüfe.

Eine weitere Herausforderung, so die Vorsitzende, sei die Beteiligung der EWR/EFTA-Staaten an den EU-Agenturen und Aufsichtsbehörden. Bisher konnten für die Teilnahme an Aufsichtsbehörden in Sektoren wie Finanzdienstleistungen und Energie gegenseitig akzeptable Lösungen gefunden werden. In Bereichen wie Datenschutz und Telekommunikation sei die Arbeit jedoch noch nicht erledigt.

Abschliessend unterstrich die Vorsitzende die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit dem EWR-Abkommen. In den letzten Monaten habe es betreffend Inkorporierung von wichtigen Rechtsakten insbesondere auf der EU-Seite, im Bereich

der Finanzdienstleistungen, Verzögerungen gegeben. Nach dem Durchbruch bei den Europäischen Aufsichtsbehörden im Herbst 2016 konnten nur wenige Rechtsakte inkorporiert werden. Nach wie vor seien im Finanzdienstleistungsbereich über 250 Rechtsakte ausstehend.

7. MPS-Büro Meeting am 14. November 2017 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesem Treffen durch die Abgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Ebenso waren Abgeordnete der weiteren EWR/EFTA-Staaten Norwegen und Island, Sven Erik Svedman, Präsident der EFTA-Überwachungsbehörde sowie Stefan Barriga von der liechtensteinischen Mission bei der EU als Vertreter des EFTA/Court Committee anwesend

MPS-Büro Meeting

Das Parlamentarierkomitee der EWR/EFTA-Staaten berät einmal jährlich das eingereichte Budget der EFTA-Überwachungsbehörde (EFTA Surveillance Authority, ESA). Der Präsident der ESA stellte das Budget über EUR 15'141'700, was einer Erhöhung um 4,15% zum Vorjahr entspricht, vor. Für die EWR/EFTA-Staaten bedeutet dies eine Erhöhung ihrer Beiträge um 4,16% verglichen 2017. Der liechtensteinische Beitrag am Gesamtbudget beträgt für das Jahr 2018 EUR 301'904.

8. 49. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees am 15. und 16. November 2017 in Strassburg

Delegation und Teilnehmer

Am 49. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees waren die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer vertreten. Neben der liechtensteinischen Delegation nahmen die neu gewählten beziehungsweise die wiedergewählten Abgeordneten aus Island und Norwegen teil. Aus der Schweiz waren Parlamentarier als Beobachter anwesend. Seitens des EU-Parlaments konnten verschiedene Abgeordnete begrüsst werden.

Entwicklungen des EWR-Abkommens

Nach der Eröffnung der 49. Gemeinsamen Sitzung des EWR- und EU-Parlamentarierkomitees durch den Vorsitzenden wurden die Parlamentarier über die allgemeinen Entwicklungen des EWR-Abkommens und das Funktionieren des EWR-Abkommens informiert. Dazu sprachen Botschafterin Sabine Monauni, Vorsitzende des Gemeinsamen EWR-Ausschusses, Elina Viilup im Namen der Co-

Vorsitzenden des EWR Rats und Claude Maerten, Co-Vorsitzender des Gemeinsamen EWR-Ausschusses.

Brexit

Ein zentrales Thema des Meetings war der Austrittsprozess des Vereinigten Königreichs aus der EU und die damit zusammenhängende Rolle des Europäischen Parlaments. Der Abg. Elfried Hasler erklärte in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des EFTA-Parlamentarierkomitees, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU auch unmittelbare Folgen für das EWR-Abkommen haben werde. Das EWR-Abkommen lege die Rechte und Pflichten der 31 teilnehmenden Staaten und ihrer Bürger sowie der Wirtschaftsteilnehmer fest. Diese Rechte und Pflichten seien weitgehend identisch mit den Rechten und Pflichten des EU-Binnenmarkts. Die EWR/EFTA-Staaten könnten daher nicht als gewöhnliche Drittländer betrachtet werden. Wichtige Elemente dieser Rechte und Pflichten, wie die Rechte der Bürger, würden in der ersten Phase der Brexit-Verhandlungen behandelt. Für die EWR/EFTA-Staaten sei es daher entscheidend, dass die EWR-Dimension bei diesen Verhandlungen berücksichtigt werde. Weiter führte er aus, dass mögliche Übergangsregelungen erforderlich werden könnten, um zu gewährleisten, dass der Binnenmarkt weiterhin gut funktioniere. Als Teilnehmer am Binnenmarkt sei es wichtig, dass die EWR/EFTA-Staaten in die Gestaltung dieser Regelungen und ihre Anwendung auf die EWR/EFTA-Staaten einbezogen würden. Alle eventuellen Vereinbarungen zwischen den EWR/EFTA-Staaten und dem Vereinigten Königreich würden von den zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vereinbarten Vereinbarungen abhängen.

Seitens der Brexit-Lenkungsgruppe des EU-Parlaments sprachen die EU-Abgeordneten Philippe Lamperts, Danuta Hübner und Elmar Brok. Die Lenkungsgruppe koordiniert und bereitet die Beratungen, Überlegungen und Entschliessungen des Europäischen Parlaments zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU vor. Die anschliessende Diskussion verdeutlichte die sehr kontroversen Standpunkte der Vertreter der EU und des Vereinigten Königreichs.

Weitere Themen diskutiert: Energie, EWR-Finanzierungsmechanismus

Ebenfalls erörtert wurden die Energieunion und die jüngsten Entwicklungen im Rahmen des Pakets für saubere Energie. Es wurde über die Fortschritte bei der Neugestaltung des Strommarkts und der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) sowie über die Governance der Energieunion informiert.

Ein weiteres Thema auf der Tagesordnung war der EWR-Finanzierungsmechanismus. Die Parlamentarier wurden über den Einsatz und die Prioritäten dieser Solidaritätszahlungen von Norwegen, Island und Liechtenstein zur Verringerung des wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichts innerhalb von Europa informiert.

9. 115. CMP- und 82. MPS-Meeting sowie 57. EFTA-Ministertreffen am 23. und 24. November 2017 in Genf

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesen Treffen durch die Abgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer vertreten. Neben den liechtensteinischen Abgeordneten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenso waren am 24. November die Minister der EFTA-Staaten anwesend.

115. CMP- und 82. MPS-Meeting

Nach der Eröffnung der Sitzung folgte die Round-Table-Diskussion über die politischen Entwicklungen in den EFTA-Staaten. Dabei berichteten die Delegationsleiter über aktuelle Themen in ihren Parlamenten sowie ihre aktuelle Beziehung zur Europäischen Union.

Es folgte eine Information zum Thema «Services in EFTA's Free Trade Agreements». Innerhalb der EFTA-Staaten werden seit längerem Gespräche darüber geführt, inwieweit der bisherige traditionelle EFTA-Ansatz im Bereich Dienstleistungen und Investitionen an neue Modelle angepasst werden soll beziehungsweise muss. Am Ministertreffen in Bern im Juni 2016 wurde eine EFTA-interne Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, welche seither an einem neuen Modell insbesondere in den Bereichen Dienstleistungen und Investitionen arbeitet.

Anschliessend stand die Diskussion des Berichts «Gender Perspectives in Free Trade Agreements» auf der Agenda. Der Bericht und ein Resolutionsentwurf wurden seitens der isländischen Delegationsleiterin eingebracht. Die liechtensteinische Delegation vertrat die Meinung, dass bei der Verknüpfung von Freihandelsfragen mit anderen Themen grundsätzlich Zurückhaltung geboten sei. Zudem befinde man sich in dieser Thematik in einem sehr frühen Stadium der Machbarkeitsprüfung und bevor die Sinnhaftigkeit bzw. Umsetzbarkeit noch nicht klar sei, mache eine Resolution zu diesem Thema wenig Sinn. Auch die Schweizer Delegationsmitglieder standen der Resolution ablehnend gegenüber. Nach einer intensiven Diskussion wurde auf eine Resolution verzichtet.

Zum Thema «Agricultural policy in EFTA's Free Trade Agreements» wurde das Komitee durch verschiedene Experten informiert. Da der Bereich Landwirtschaft grundsätzlich durch den Zollvertrag mit der Schweiz geregelt wird, führt die Schweiz im Rahmen der EFTA-Freihandelsverhandlungen die Verhandlungen für Liechtenstein in diesem Bereich. Allerdings ist festzustellen, dass der Bereich Landwirtschaft in den Verhandlungen zunehmend Schwierigkeiten bereitet. Vor allem für Entwicklungsländer sind Agrarprodukte häufig das einzige relevante Exportgut. Entsprechend stark ist das Interesse an entsprechenden Zollkonzessionen. In diesem Bereich wird es zunehmend schwieriger, ein Level-Playing-Field mit der EU aufrecht-

zuerhalten. Die EU kann im Bereich Landwirtschaft deutlich mehr anbieten als die EFTA-Staaten.

Ein weiterer Bericht wurde zum Thema «Information freedom – a free trade imperative» behandelt. Dieses Thema kam bisher in den Freihandelsverhandlungen der EFTA-Staaten nicht zum Tragen. Es ist ein neueres Thema, das von zunehmender Bedeutung sein wird.

Abschliessend wurden die Vorsitzenden der Komitees für das Jahr 2018 gewählt. Der Vorsitz des CMP/MPS-Komitees wird die Schweizer Delegationsleitung wahrnehmen. Das Amt des Vorsitzenden des MPS-Komitee fällt auf den liechtensteinischen Delegationsleiter.

57. EFTA-Ministertreffen

Das 57. EFTA-Ministertreffen präsierte die liechtensteinische Aussenministerin Aurelia Frick. Ebenfalls anwesend waren Johann Schneider-Ammann, Schweizer Bundesrat für Wirtschaft, Bildung und Forschung, Monica Mæland, norwegische Ministerin für Handel, Industrie und Fischerei und der isländische Aussenminister Guðlaugur Þór Þordarson.

Die Minister informierten das Parlamentarierkomitee über die neusten Entwicklungen der EFTA-Drittlandbeziehungen. Das EFTA-Netzwerk besteht derzeit aus 27 Freihandelsabkommen mit 38 Ländern und Territorien. Das Netzwerk wird von sechs gemeinsamen Erklärungen über die Zusammenarbeit ergänzt.

Die Vorsitzende berichtete, dass derzeit Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Indien, Indonesien, Malaysia, Vietnam und Mercosur stattfinden. Grosse Fortschritte wurden in den Verhandlungen mit Ecuador verzeichnet, welche 2017 noch abgeschlossen werden könnten.

Ebenfalls thematisiert wurden die Konsequenzen eines Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union für die EFTA-Staaten.

Im Rahmen des Treffens unterzeichneten die Minister eine Zusammenarbeitserklärung mit der Republik Moldau, welche einen ersten Schritt zu einer engeren wirtschaftlichen Beziehung bedeutet. Ebenfalls fand ein Treffen mit dem türkischen Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci statt. Dabei standen die Verhandlungen zur Revision und Ausweitung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und der Türkei aus dem Jahr 1992 im Mittelpunkt.

10. Zusammenarbeit

Im Berichtsjahr ist die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Landtag im Bereich der EWR/EFTA-Delegation weiterhin gut verlaufen. Es wurden jeweils vor den Sitzungen Informationen und Stellungnahmen von den zuständigen Stellen zu den traktandierten Themen eingeholt. Die Delegation stand in Kontakt mit dem

Ministerium für Äusseres, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Stabsstelle EWR sowie der Ständigen Vertretung in Genf und der Botschaft in Brüssel. So konnte gewährleistet werden, dass die liechtensteinische Aussenpolitik koordiniert wahrgenommen wurde.

11. Reisekosten und Taggelder der Delegation

Im Jahr 2017 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 49'396 (Vorjahr CHF 31'523). Die Taggelder machten im Jahr 2017 CHF 24'000 (Vorjahr CHF 24'400) aus.

12. Schlusswort und Antrag

Die liechtensteinische Delegation nahm in Laufe des Jahres 2017 an insgesamt 17 Tagen an sechs Arbeitstreffen der drei EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees teil. Der vorliegende Bericht gibt einen summarischen Überblick über die behandelten Themen.

Die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees bilden, gerade für einen Kleinstaat wie Liechtenstein mit beschränkten aussenpolitischen Ressourcen, eine effiziente Plattform für den gegenseitigen Austausch innerhalb der EFTA-Staaten und mit Drittstaaten. Der fortlaufende Dialog, in- und ausserhalb der offiziellen Traktanden, zwischen Parlamentariern der EFTA-Staaten, mit EU-Parlamentariern und auch mit Parlamentariern aus aktuellen und potenziellen Abkommensstaaten, trägt zum besseren gegenseitigen Verständnis bei und unterstützt wichtige Verhandlungen im Bereich des Freihandels

Für die sehr gute Zusammenarbeit bedanke ich mich bei meinem Delegationskollegen Harry Quaderer und der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger. Bedanken möchte ich mich auch beim Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Stabsstelle EWR, dem EFTA-Sekretariat sowie den stellvertretenden Delegationsmitgliedern.

Wir bitten den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2017 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Elfried Hasler

Gamprin, im Dezember 2017